

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 13. Oktober 2008

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel
Stadträtin Schwarz
Stadtrat Ballonier
Stadtrat Dreher
Stadtrat Ferber
Stadtrat Hofmann
Stadtrat Hennrich
Stadtrat K.-H. Scherf
Stadtrat Petermann (für SR Schulz)
Stadtrat Siebentritt
Herr Stendel, Herr Ripperger (stendel architekten) bei TOP 1
VOAR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1 - 11, nichtöffentlich von TOP 12 - 15 und dauerte von 19.00 Uhr bis 20.40 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Energetische Sanierung und Erweiterung der Offenen Ganztageschule

1.1 Dämmung und Erneuerung der Decke im Hallenbad

In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 15.09.2008 hatte Bürgermeister Dotzel bekanntgegeben, daß im Rahmen der Planung für die energetische Sanierung der OGS auch die Decke der Schwimmhalle überprüft wurde. Dabei hat sich herausgestellt, daß die bei der Generalsanierung des Bades im Jahr 1987 eingebaute Dämmung nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Das Büro stendel architekten hatte deshalb vorgeschlagen, die vorhandene Holzkassettendecke, die in weiten Teilen ohnehin überarbeitungsbedürftig ist, abzunehmen, die Wärmedämmung zu verbessern und danach entweder die aufgearbeitete alte Holzdecke oder eine neue Decke einzubauen. Die Holzdecken in den Nebenräumen mußten wegen der notwendigen Ergänzungen der haustechnischen Einrichtungen ohnehin schon demontiert werden. Sie sind zum Wiedereinbau nicht geeignet und sollen durch Kassettendecken wie in der neuen Sporthalle ersetzt werden.

Mittlerweile hat das Büro weitere Untersuchungen angestellt und eine Kostenberechnung für die Maßnahmen vorgelegt. Danach wird empfohlen, auf die ursprünglich vorgesehene Wärmedämmung der Decke zu verzichten. Aufgrund der raumklimatischen Umstände (hohe Luftfeuchtigkeit und Chlorgehalt der Luft) ist eine aufwendige Ausführung nötig, die ca. 39.000 € kosten würde. Unter Berücksichtigung der zu erzielenden Einsparungen ergibt sich keine wirtschaftliche Amortisation.

Für die Schwimmhalle selbst schlägt das Büro vor, die vorhandene Holzdecke zu demontieren und durch eine geschwungene Aluminium-Paneeldecke zu ersetzen. In den Randbereichen soll die bestehende Betondecke lediglich verputzt werden. Dadurch könnte die Schwimmhalle einen lichtereren Charakter erhalten. Zudem sind die Kosten für eine Aufarbeitung und Montage der Holzdecke wesentlich höher einzuschätzen

Einschließlich der Arbeiten in den Nebenräumen und der Anpassung der Beleuchtung, die zu einer vierzigprozentigen Reduzierung der elektrischen Leistung führen würde, schließt die Kostenberechnung mit ca. 81.000 € ab.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte das Büro stendel architekten nach einer ausführlichen Ortseinsicht, für eine umgehende Demontage der vorhandenen Decke Sorge zu tragen. Bis zur Stadtratssitzung am 22.10. sollen die Kosten für die Schwimmhalle und die Nebenräume getrennt aktualisiert werden. Zudem sollen Materialproben und Photos als Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat vorbereitet werden.

1.2 Auftragsvergabe für die mobilen Trennwände

In die ehemalige Einfachturnhalle, die künftig als Erweiterung der OGS dienen soll, sind zwei mobile Trennwände einzubauen, die zum einen die verschiedenen Funktionsbereiche (Aktivitäten, Speisesaal, Musischer Bereich) voneinander trennen, zum anderen bei Bedarf die Nutzung größerer Flächen für schulische Veranstaltungen ermöglichen sollen. Für den mittleren Raumteil (Speisesaal) soll zur Verbesserung der akustischen Gegebenheiten eine Trennwand mit einem schallabsorbierenden Belag aus geschlitzten Ahornplatten versehen werden.

Die Auswertung der beschränkten Ausschreibung hat folgendes Ergebnis gebracht:

Fa. Becker, Neumünster	86.898,56 €
Fa. Nüsing, Münster	89.996,25 €
Fa. Milde, Aschaffenburg	93.791,93 €
Fa. Schäfer, Horhausen	94.636,65 €
Fa. Berberich, Wörth	102.595,92 €

Der Bau- und Umweltausschuß empfiehlt die Vergabe an die wenigstnehmende Fa. Becker. Um eine zeitgerechte Fertigstellung bis Ende November 2008 sicherzustellen, ermächtigte der Ausschuß die Verwaltung, den Auftrag schon vor der nächsten Stadtratssitzung zu erteilen.

1.3 Auftragserweiterung für die Metallbaurbeiten

Im Zuge der Erweiterung der Offenen Ganztagesesschule hat sich der Umfang der Metallbaurbeiten um folgende zusätzliche Leistungen erhöht:

- zusätzliche Rauchschutz- und Außentüren
- vergrößerte Außentüren und Fenster
- Überwachung der Außentüren mit Riegelschalt- und Magnetkontakten
- Sonnenschutz an den Fenstern der Südwest- und der Nordwestseite
- Ausstattung von Oberlichtfenstern mit Elektromotoren zur kontrollierten Raumlüftung

Die Fa. Ruf, Kleinheubach, hat entsprechende Nachtragsangebote vorgelegt, die unter Berücksichtigung entfallender Leistungen mit Mehrkosten von 15.516,41 € abschließen. In der Kostenberechnung sind 10.289,00 € angesetzt.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, der 3. Vertragsergänzung mit der Fa. Ruf zuzustimmen.

2. Verkehrsangelegenheiten

2.1 Antrag der SPD-Fraktion „Verbesserung des Stadtbusses für Wörth“

Die Fraktion der SPD hat folgenden Antrag gestellt:

1. *„Die Route des Stadtbusses wird mit der nächsten Fahrplanänderung so modifiziert, dass der Bus in Richtung Haingrund nicht von der Pfarrer-Adam-Haus-Straße in die Luxburgstraße links einbiegt, sondern bis zur Frühlingsstraße fährt, dort links einbiegt und anschließend links in die Landstraße abbiegt. In Richtung Klingenberg verläuft die Route dementsprechend.*
2. *Auf der neuen Route werden folgende Haltestellen eingerichtet: „Bahnhof auf Höhe der Zufahrt zum provisorischen Parkplatz und „Hofgut“ in der Frühlingsstraße. Die bisherige Haltestelle „Bahnhof“ in der Pfarrer-Adam-Haus-Straße wird aufgegeben.*
3. *In den kommenden Amtsblättern wird auf die Fahrtmöglichkeiten mit dem Stadtbus zur Seniorenresidenz, zu den Einkaufsmärkten, zum Klingenberger Bahnhof sowie zum Krankenhaus Erlenbach (Umsteigen unter der Woche, am Samstag sogar direkt) verständlich hingewiesen.*

Begründung:

Die Route durch die Luxburgstraße ist für den Bus schwer zu fahren, da die Straße sehr eng ist. Eine Verlegung würde die Fahrtzeit nicht bedeutend verändern, würde aber die enge Lux-

burgstraße entlasten und böte zudem zweierlei Verbesserungen:

Verlegung der Haltestelle „Bahnhof“ näher an die Gleise, zudem mit unmittelbarem Zugang zum Pfarrer-Kerber-Saal und zur Theresienschule.

Einrichtung einer Haltestelle Frühlingsstraße in unmittelbarer Nähe zur Schule, was eine regelmäßige Anbindung der Volksschule erleichtert (Einführung der Profile in der Hauptschule ab 2009 und der daraus resultierenden evtl. nötigen Kooperation mit der Schule Klingenberg oder die Benutzung des Wörther Schwimmbades durch die Schule Klingenberg würde so bezüglich des Transports vereinfacht oder die Fahrt von SchülerInnen aus Klingenberg in die Wörther OGTS).

Das Amtsblatt sollte für die bessere Werbung für den Stadtbus genutzt werden, wobei anstelle des komplexen Fahrplans einzelne Verbindungen hervorgehoben werden sollten. Wenn wir schon Geld in den ÖPNV investieren, sollten wir ihn auch optimieren.“

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, den Antrag hinsichtlich der Punkte 1 und 2 an die Verkehrsgesellschaft Untermain weiterzuleiten und dabei die Zustimmung der Stadt hierzu zu signalisieren. Im Amtsblatt soll regelmäßig auf die Verbindungen hingewiesen werden.

2.2 Verkehrlenkende Maßnahmen im Stadtgebiet – Stellungnahme des Büros R+T

Aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 02.07.2008 hatte die Verwaltung mit Schreiben vom 14.07.2008 das Landratsamt Miltenberg, die Polizeiinspektion Obernburg und das Planungsbüro Retzko+Topp um Stellungnahme zu den in der o.g. Stadtratssitzung erwogenen weiteren verkehrlenkenden Maßnahmen (Allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Frühlingsstraße, der Bahnstraße, der Münchner Straße – Frühlingsstraße bis Triebstraße – und Odenwaldstraße; Allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h für Lkw im gesamten Stadtbereich; Rückbau verschiedener Fahrbahnteiler) gebeten.

Die Stellungnahmen der Polizeiinspektion und des Landratsamtes waren dem Bau- und Umweltausschuß bereits in seiner Sitzung vom 15.09.2008 bekanntgegeben worden.

Mit Schreiben vom 02.10.2008 hat sich Büro R+T wie folgt geäußert:

„1. Allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 in der Frühlingsstrasse, der Bahnstraße, der Münchner Straße und der Odenwaldstraße.

Grundsätzlich wird die Einführung von Tempo 30 in bestimmten Straßen zu einer Umverteilung von Kfz- Verkehr führen. Die bisher mit 50 zu befahrenden Straßen werden entlastet und andere belastet. Zunächst sollte daher geprüft werden, ob dies gewünscht ist.

Tempo-30-Zonen (Zeichen 274. 1) sind in Wohngebieten grundsätzlich möglich, wenn der Charakter der Straße die Geschwindigkeitsregelung verdeutlicht. Daher muss gegebenenfalls der Charakter der Straße entsprechend angepasst werden. Eine Ausweitung der Tempo-30-Beschilderung auf die genannten Straßen ist daher nach meiner Auffassung grundsätzlich möglich, sie wurde jedoch seinerzeit im Rahmen des VEP als nicht sinnvoll dargestellt.

Eine Beschilderung mit Zeichen 274 (Zeichen 274) sind nur in bestimmten Situationen mit einer besonderen Gefährdungslage zulässig, wovon in der gegebenen Situation nicht auszugehen ist.

2. Allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkung für Lkw

Eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung für Lkw innerorts sieht die StVO nicht vor.

3. Rückbau der Fahrbahnteiler

Die Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RAST 06) fordern eine Mindestbreite von 2,00m (in Ausnahmefällen 1,60m) bei Querungshilfen. Das Überfahren der Gehwege im Knotenbereich durch Lastzüge stellt eine außerordentlich große Gefahr für Fußgänger dar. Sollte dies der Fall sein, muss geprüft werden, ob eine Veränderung der Gehwegführung möglich ist oder ob die Querungshilfe ggf. versetzt werden kann oder ganz abgebaut wird.

In jedem Fall ist zu empfehlen, den Einsatz der Querungshilfen mit einem Schleppkurven-nachweis zu prüfen.“

Der Bau- und Umweltausschuß sprach sich nach kurzer Beratung für eine Beibehaltung der Querungshilfen aus. Darüberhinaus wurde vereinbart, den Stadtratsmitgliedern die Stellungnahmen zur fraktionsinternen Beratung zuzuleiten.

3. Bewerbung des Landkreises Miltenberg um die Landesgartenschau 2016

Im Rahmen der Aufstellung des Regionalen Entwicklungskonzepts für die Bewerbung um das Förderprogramm „Leader in ELER“ wurden zahlreiche Projektideen zur Stärkung der Region sowie zum Ausbau der übergemeindlichen Zusammenarbeit entwickelt. Das Büro Böhringer schlägt u.a. die Bewerbung des Landkreises Miltenberg und verschiedener Kommunen um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2016 vor. Im Mittelpunkt soll dabei die Flußlandschaft Main als Alleinstellungsmerkmal der Region stehen.

Die erforderliche Bewerbung muß bis zum 31.01.2009 bei der Gesellschaft zur Förderung der Bayerischen Landesgartenschauen in München eingereicht werden. Die Kosten für die Bewerbung betragen 80.000 €. Vorbehaltlich der Zustimmung der kommunalen Gremien haben mehrere Bürgermeister mit dem Landratsamt folgende Vorgehen vereinbart:

- Das Büro Böhringer wird beauftragt, ein Bewerbungskonzept für die Landesgartenschau 2016 zu erstellen.
- Die dafür entstehenden Kosten von 80.000 € werden vom Landkreis Miltenberg vorfinanziert.
- Der Landkreis Miltenberg übernimmt 50% dieser Kosten; 50% der Kosten werden durch die beteiligten Kommunen nach einem noch festzulegenden Verteilerschlüssel getragen.

Für die Stadt Würth werden je nach Verteilerschlüssel voraussichtlich maximal 5.000 € anfallen.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte der o.g. Vorgehensweise zu. Die Verwaltung wurde beauftragt, für eine möglichst schnelle Quantifizierung der Kosten Sorge zu tragen.

4. Beschaffung eines weiteren Geschwindigkeitsanzeigesystems

Nachdem der EZV das vormalig städtische Geschwindigkeitsanzeigesystem übernommen hat, ist dessen Einsatzzeit in Würth naturgemäß deutlich reduziert. Die Verwaltung hat deshalb vorgeschlagen, ein einfaches weiteres Gerät ohne Speicher- und Auswertungsfunktionen zu beschaffen. Der Aufwand beträgt ca. 1.600 €

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, ein Anzeigesystem zu beschaffen.

5. Spielen auf der Grünfläche Kurmainzer Straße

Frau Ute Börger, Triebstraße 8a, hat sich schriftlich gegen das Verbot des Fußballspielens auf der städtischen Grünfläche zwischen Kurmainzer Straße und Kindertagesstätte „Kleine Strolche“ gewandt. Angesichts der geringen Frequentierung seien die Belange der Kinder gegenüber denen der Nachbarn vorrangig. Insgesamt sei das Ballspielen auf den Spielplätzen ein Problem, das neu überdacht werden solle, zumal der Bolzplatz am Galgen wegen seiner abgeschiedenen Lage und der Nutzung durch Jugendliche nicht für alle Kinder geeignet sei.

Bürgermeister Dotzel wies darauf hin, daß die angesprochene Grünfläche nicht als Kinderspielplatz gewidmet sei.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß mit 9:1 Stimmen, das Verbot des Fußballspielens auf der Grünfläche aufzuheben.

6. Sanierung des Glockenturms an der Friedhofskapelle

Der Glockenturm der Martinskapelle ist stark beschädigt. Die Verschindelung ist lose und das Holztragwerk ist bereits stark verfault. Ein Reparaturversuch durch einen Dachdecker ist ge-

scheitert. Außerdem soll ein elektrischer Glockenantrieb eingebaut werden, um den Ablauf bei Beerdigungen zu vereinfachen. Wegen der komplexen Aufgabenstellung ist eine Planung und Abwicklung der Maßnahme durch das städtische Bauamt nicht möglich.

Der Bau- und Umweltausschuß schloß sich dieser Einschätzung an. Die Maßnahme soll von Herrn Architekt Kaufmann betreut werden.

7. Erneuerung des Flachdachs über der Trafostation am Rathaus

Das Flachdach über der Trafostation am Rathaus ist seit Jahren undicht. Eindringendes Regenwasser führt zu Schäden in der Station und auch in der Florianstube, sodaß eine Reparatur unumgänglich ist.

Die Fa. Peter Ott hat vorgeschlagen, den vorhandenen Granitbelag aufzunehmen und eine Abdichtungsbahn aufzubringen. Die Kosten belaufen sich auf etwa 11.000 € zuzüglich ca. 3.500 € für Abbruch und Entsorgung zuzüglich der Aufwendungen für einen noch festzulegenden neuen Oberbelag. Die Verwaltung bevorzugt die Errichtung eines flachgeneigten Metalldachs, die die aufwendigen Eingriffe in den Bestand minimieren würde. Eine Abdichtung wäre danach nur noch für die Auftrittsfläche an der Treppe zum Rathausinnenhof erforderlich.

Der Bau- und Umweltausschuß schloß sich dem an und beauftragte die Verwaltung, hierfür ein Angebot einzuholen.

8. Beschaffung eines Fahrzeugs für das Wasserwerk

Der im Wasserwerk und Bauhof eingesetzte VW-Pritschenwagen ist mit einer Nutzungsdauer von insgesamt ca. 30 Jahren vollkommen verbraucht und dringend zu ersetzen. Bauhof und Verwaltung haben die Beschaffung eines Kastenwagens vorgeschlagen, da im Bauhof noch mehrere Pritschenfahrzeuge vorhanden sind. Insbesondere aufgrund der relativ großen Ladefläche und der Möglichkeit einer seitlichen Türe wird ein VW Caddy Maxi bevorzugt. Die Fa. Link, Laudenbach, hat hierfür ein Angebot vorgelegt, das mit netto 13.515,81 € abschließt.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, das beschriebene Fahrzeug bei der Fa. Link zu beschaffen.

9. Teilweise Einzäunung des Spielplatzes Gartenstraße

In seiner Sitzung vom 15.09.2008 hatte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung beauftragt, die Kosten für eine Abschirmung des Spielplatzes Gartenstraße gegen den Straßenverkehr zu ermitteln. Diese betragen für den Ausbaustandard der Grünfläche an der Bergstraße (1,00 m hoher Maschendrahtzaun mit Heckenpflanzung) bei einer Gesamtlänge von ca. 54 m 6.500 € einschließlich der Demontage des vorhandenen Zauns.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, den Spielplatz wie beschrieben teilweise einzuzäunen.

10. Herstellung eines weiteren Kanalhausanschlusses für die Fa. SAF-Holland

Bereits mit Schreiben vom 10.10.2008 hatte die Fa. SAF-Holland die Herstellung eines weiteren Kanalhausanschlusses zum Wiesenweg beantragt, um damit den neu errichteten ca. 2.000 m² großen Werksparkplatz zu entwässern. Eine hydraulische Überprüfung hat ergeben, daß die Kanalisation im Wiesenweg den zusätzlichen Wasseranfall nicht fassen kann. Es ist daher ein Anschluß in die Landstraße herzustellen.

Mit Schreiben vom 02.10. hat die FA. SAF-Holland mitgeteilt, daß die Mehrkosten von ca. 30.000 im firmeninternen Budget nicht vorgesehen sind. Sie hat deshalb folgendes beantragt:

- Anschlußgenehmigung an den Mischwasserkanal Landstraße
- Einholung der zur Ausführung notwendigen verkehrsrechtlichen Genehmigungen durch die Stadt Würth
- Überwachung der Ausführung auf öffentlichem Grund durch die Stadt Würth

- Finanzierung der Baumaßnahme durch die Stadt Wörth und Ausgleich durch SAF-Holland GmbH nach Veräußerung des Wohngrundstückes Fl.Nr. 2222/25, spätestens jedoch im Dezember 2010.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte der Herstellung des neuen Anschlusses in der Landstraße grundsätzlich zu. Um eine Gleichbehandlung mit ähnlich gelagerten Fällen zu erreichen, sind eventuelle Stundungen mit 6% p.a. zu verzinsen und bis spätestens Frühjahr 2010 auszugleichen. Zur Sicherung der städtischen Ansprüche ist eine selbstschuldnerische Bankbürgschaft oder eine Buchgrundschuld am o.g. Wohnbauplatz zu stellen.

11. Anfragen

Stadtrat Hennrich wies darauf hin, daß an der Ecke Frühlingstraße/Bayernstraße ein Straßenschild fehlt, was die Orientierung für Ortsunkundige erschwert. Die Angelegenheit soll überprüft werden.

Wörth a. Main, den 20.10.2008

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer